

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN

Pressemitteilung

21. Februar 2001

Bundesrat bekräftigt sein Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus:

Unterstützung für Projekte für Menschenrechte und gegen Rassismus sowie Schaffung einer neuen Fachstelle für Rassismusbekämpfung im EDI

Der Bundesrat spricht einen Kredit von 15 Mio. Franken für Projekte in den Bereichen Menschenrechte und Prävention von Rassismus. Damit setzt er Massnahmen um, die er in seiner Erklärung zum Bericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) angekündigt hatte. Der Bundesrat wird darüber hinaus im Generalsekretariat des Eidg. Departements des Innern (EDI) eine Fachstelle für Rassismusbekämpfung schaffen. Mit diesen Massnahmen reagiert er auf den ausgewiesenen Bedarf, die Tätigkeit des Bundes im Bereich Rassismus- und Rechtsextremismusbekämpfung zu verstärken.

Mit der Unterstützung von Projekten Dritter setzt der Bundesrat ein klares Zeichen für die Prävention von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der Sensibilisierung für die Anliegen diskriminierter Gruppen und für die Menschenrechte. Der Beschluss umfasst folgende Eckpunkte:

- einen auf fünf Jahre beschränkten Verpflichtungskredit von insgesamt 15 Mio. Franken für die Jahre 2001-2005
- Der *Stiftung Bildung & Entwicklung* wird in Absprache mit der EDK das Mandat erteilt, von diesem Betrag für gesamthaft 2,5 Mio. Projekte zu Rassismus und Menschenrechten im schulischen Bereich gemäss vorgegebenen Kriterien zu unterstützen und zu begleiten.
- Das EDI wird beauftragt, in Absprache mit der Arbeitsgruppe und den interessierten Ämtern die Beschlüsse umzusetzen und für Koordination, Information, Betreuung und Evaluation der Projekte sowie für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich zu sein.
- Departemente und Ämter werden beauftragt, dem Thema bei ihrer Aufgabenerfüllung grössere Beachtung zu schenken und es verstärkt und nachhaltig in ihre Arbeit und Ausbildungsprogramme zu integrieren. Ebenso soll dem Thema im Ausbildungsprogramm für das gesamte Bundespersonal künftig Rechnung getragen werden.

Aus Anlass der Veröffentlichung des Berichts der UEK (6. Dezember 1999) und mit Beschluss vom 28. Juni 2000 hatte sich der Bundesrat grundsätzlich bereit erklärt, Sensibilisierungs- und Präventionsprojekte Dritter in den Bereichen Menschenrechte, Prävention von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der Sensibilisierung für die Anliegen diskriminierter Gruppen finanziell zu unterstützen. Er beauftragte die Interdepartementale Arbeitsgruppe (EDA, EDI, EJPD, EVD), ihm konkrete Vorschläge zur Umsetzung innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung zu unterbreiten. Diese erarbeitete ihre Vorschläge aufgrund von Gesprächen mit Expertinnen und Experten sowie einer breit angelegten, landesweiten Umfrage bei Organisationen, die sich mit der Thematik befassen.

Der Bundesrat ist der festen Überzeugung, dass Rechtsextremismus nicht nur mit gesetzlichen Massnahmen zu bekämpfen ist. In diesem Sinne hatte er mit Beschluss vom 2. Oktober 2000 das EDI beauftragt, die Schaffung einer verwaltungsinternen Fachstelle für Rassismusbekämpfung zu prüfen. Der Vorschlag des Eidg. Departements des Innern stützt sich auf die Erfahrungen, welche die Eidg. Kommission gegen Rassismus (EKR) in den fünf Jahren ihres Bestehens gemacht hat.

Aufgabe der neuen Stelle wird die Koordination und Vernetzung der verwaltungsinternen Massnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein. Zudem ist sie Ansprechpartnerin für die Kantone und für Institutionen. Ebenfalls wird sie sich mit der Begutachtung und Begleitung der Projekte für die Menschenrechte und gegen

Rassismus befassen, für welche der Bundesrat in der Nachfolge des Berichts der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg heute einen Kredit von 15 Millionen Franken, verteilt auf fünf Jahre, bereitstellt.

Die neue Fachstelle (insgesamt 2,5 Stellen) soll neben dem bisher bestehenden Sekretariat der Eidg. Kommission gegen Rassismus (EKR) positioniert sein. Gleichzeitig wird das Sekretariat der EKR von verwaltungsinternen Aufgaben entlastet und verstärkt.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
Presse- und Informationsdienst